



**TIANA ANGELINA MOSER, NR (GLP, ZH)
CO-PRÄSIDENTIN DER PARL. GRUPPE FÜR TIBET**

«Nur wenn die Staatengemeinschaft gemeinsam auftritt, wird die Tragödie zu stoppen sein.»

1 Die Situation in Tibet ist in höchstem Masse besorgniserregend. Die Anzahl der Selbstverbrennungen bringen die Hilflosigkeit der Tibeterinnen und Tibeter in einer erschütternden Art und Weise zum Ausdruck. Als Schweizer Parlamentarierin und Co-Präsidentin der Parlamentarischen Gruppe Tibet nütze ich die mir möglichen Wege und Instrumente immer wieder, um auf die Situation in Tibet hinzuweisen und ein Engagement der Schweiz zugunsten von Tibet einzufordern. Nur wenn die Staatengemeinschaft gemeinsam auftritt, wird die Tragödie zu stoppen sein.

2 Ich habe mich immer für eine offene, international vernetzte und international engagierte Schweiz eingesetzt. Die Schweiz hat nach wie vor eine hohe Glaubwürdigkeit in internationalen Gremien, sei das in der UNO, im Menschenrechtsrat oder im Austausch mit anderen Staaten. Zudem hat die Schweiz eine grosse humanitäre Tradition, die sie immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, unter anderem mit der Aufnahme von Tibeterinnen und Tibetern in den 60er Jahren. In der kommenden Legislatur werde ich mich mit Überzeugung und viel Engagement für diese Werte und Qualitäten der Schweiz einsetzen.

3 Die offizielle Schweiz und wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen konsequent auf die dramatische Situation in Tibet hinweisen, die Menschenrechtssituation thematisieren und eine Verbesserung einfordern. Das gilt auch für die Gespräche, die die Schweiz im Rahmen des Freihandelsabkommens mit China führt. Das habe ich persönlich zusammen mit anderen Par-

lamentarierinnen und Parlamentariern immer wieder gemacht, und in diesem Sinne werde ich mich auch in der nächsten Legislatur engagieren.

4 Unser Land steht vor grossen Herausforderungen in den nächsten Jahren. Die Schweiz muss einen haushälterischen Umgang mit natürlichen Ressourcen erreichen und damit ihren Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen, sei das zum Schutz des Klimas oder zum Erhalt der Biodiversität. Zudem müssen wir auch in Zukunft für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz sorgen. Dafür ist zentral, dass wir die Beziehungen zu Europa auf eine zukunftsfähige und stabile Basis stellen. Aber auch in sozialer Hinsicht werden wir Veränderungen und Reformen vorantreiben müssen. Wesentlich hierfür ist etwa die Reform der Altersvorsorge oder auch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



**MARTIN NAEF, NR (SP, ZH)
CO-PRÄSIDENT DER PARL. GRUPPE FÜR TIBET**

«Ich bevorzuge eine Schweiz, die sich an der europäischen Integration beteiligt und gegenüber der Welt solidarisch zeigt.»

1 Die Entwicklung kann nur durch eine Verstärkung und Koordination des internationalen Druckes positiv beeinflusst werden. Leider macht die heutige Stellung und Wirtschaftsmacht Chinas sowie die passive Haltung des Westens wenig Hoffnung. Ich glaube auch nur bedingt an die immer wieder geäusserte Haltung, Veränderungen in China zugunsten der Menschenrechte könnten nur mit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit erreicht werden. Entsprechend habe ich im Nationalrat – leider mit einer Minderheit – das Freihandelsabkommen der Schweiz mit China abgelehnt.

Die Vergabe der Olympischen Spiele an Peking hinterlässt tatsächlich viele offene Fragen und einen schalen Nachgeschmack – nicht nur in Bezug auf Tibet. Trotz allem gilt es nun, genau dieses medial extrem beachtete Grossereignis als Chance zu nutzen. China wird rund um diese Olympischen Spiele im Schaufenster stehen, wie das Russland (Sotschi) ebenfalls erlebt hat. Die tibetische Frage kann von dieser medialen Aufmerksamkeit profitieren.

2 Es gilt weiterhin, den Bundesrat und dessen Menschenrechtspolitik mit gezielten öffentlichen Fragen in die Pflicht zu nehmen. Der Bundesrat soll klar Stellung nehmen müssen und seinen Einsatz, etwa im UNO-Menschenrechtsrat, intensivieren. Ausserdem verlangen wir eine laufende Überprüfung der Umsetzung des Freihandelsabkommens mit Bezug auf Menschenrechte und soziale und ökologische Standards. Dies zumal auch in einem neuen Parlament die Sympathien für die tibetische Sache durchaus vorhanden sein

werden. Leider werden diese zugunsten wirtschaftlicher Interessen allzu oft hintangestellt.

3 Leider muss ich dieser Einschätzung zustimmen. Umso mehr gilt es, jene Kräfte im Parlament und in der Verwaltung zu stärken, die die Menschenrechte vor die wirtschaftlichen Interessen stellen (siehe vorangegangene Fragen)!

4 Die Frage der Beziehungen der Schweiz zu Europa und ihre Positionierung und Prioritäten in der Aussenpolitik generell sind offen. Ich bevorzuge eine Schweiz, die sich an der europäischen Integration beteiligt und gegenüber der Welt solidarisch zeigt. Im Zentrum der nächsten Legislatur werden im Übrigen die soziale Frage (Rentenreform), die Steuergerechtigkeit (Unternehmenssteuerreform III) sowie die Durchsetzung von Atomausstieg und Energiewende stehen.



**MAYA GRAF, NR (GRÜNE, BL)
VIZEPRÄSIDENTIN DER PARL. GRUPPE FÜR TIBET**

«Es ist wichtig, dass jede und jeder wählen geht und links-grün stärkt!»

1 Ich verstehe die Verzweiflung und die Ohnmacht, diese Entwicklung macht auch mir sehr grosse Sorgen. Die Wirtschaftsmacht China kann Menschenrechte und Umweltschutz mit Füßen treten und doch wird sie von allen und jedem hofiert, auch von der Schweiz und dem Sport wie jüngst das IOC mit der Vergabe der Olympischen Spiele. Dieser Entwicklung muss gemeinsam, koordiniert und international entgegen gehalten werden. Auch in der Schweiz ist es wichtig, dass sich die tibetische Gemeinschaft weiterhin stark vernetzt und gemeinsam vorgeht. Das Thema Klimaschutz und Menschenrechte muss unbedingt mit der Situation im Tibet verknüpft werden. Die Grünen fordern ja, dass Klimaschutz ein Menschenrecht wird, das wäre ein Anknüpfungspunkt für eine Kampagne zur Rettung des sechsten und für Asien überlebenswichtigen Kontinents, des Himalaya und seiner BewohnerInnen.

2 Ja, ich werde mich weiterhin zusammen mit der Parlamentarischen Gruppe Tibet im Parlament engagieren. Der Bundesrat soll klar Stellung nehmen müssen und seinen Einsatz, etwa im UNO-Menschenrechtsrat, intensivieren. Ausserdem verlangen wir eine laufende Überprüfung der Umsetzung des Freihandelsabkommens in Bezug auf Menschenrechte und soziale und ökologische Standards. Die Wahlen vom Oktober werden Richtungswahlen sein. Es kommt auf jede Stimme an! Daher ist es wichtig, dass jede und jeder, der für eine solidarische, menschliche, offene Gesellschaft ist, wo Menschen und nicht nur Geschäfte zählen, wählen geht und links-grün stärkt!

3 Leider stimmt diese Tendenz, und sie macht mir Sorgen. Menschenrechte dürfen nie wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden, sonst verlieren wir unsere gemeinsame Grundlage menschlichen Zusammenlebens auf der Erde. Ich werde mich daher im Parlament weiterhin für tibetische Anliegen einsetzen und mich kritisch gegenüber Freihandelsabkommen ohne verbindliche Menschenrechtsvorgaben einsetzen. Entsprechend habe ich im Nationalrat – leider mit einer Minderheit – das Freihandelsabkommen der Schweiz mit China abgelehnt.

4 Die vielen offenen Fragen zu den Beziehungen der Schweiz zu Europa müssen dringend geklärt werden. Ich setze mich für eine Schweiz ein, die sich an der europäischen Integration beteiligt, gegenüber der Welt solidarisch ist und die Menschenrechte überall verteidigt. Damit schaffen wir Frieden und Perspektiven für unsere Kinder in einem Austausch des Wissens. Ebenso müssen wir endlich die Energiewende und den Atomausstieg vollziehen und in eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise investieren. Damit schaffen wir Innovation und neue Arbeitsplätze und leisten mit der «Weg vom Oel-Strategie» einen Beitrag zum dringend nötigen Klimaschutz. Ebenso wichtig sind in der kommenden Legislatur die Rentenreform, Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Weiterführung einer Agrarpolitik, die auf Nachhaltigkeit, Qualität und Gentechfreiheit setzt.



BARBARA GYSI, NR (SP, SG)

«Aufbau einer breiten BürgerInnen-Bewegung im Hinblick auf die Olympischen Spiele 2022.»

1 Konsequente politische Interventionen und Proteste gegen die Sinisierung Tibets, die Auslöschung der Kultur, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Umweltzerstörung. Verpflichtung der offiziellen Schweiz, dies in den Kontakten mit der Chinesischen Regierung immer anzusprechen. Intervention durch die UNO. Sensibilisierung der Wirtschaft. Aufbau einer breiten Bürger/-innen-Bewegung im Hinblick auf die Olympischen Spiele 2022. Beharrlichkeit.

2 In den Kommissionen, bei Kontakten mit Verwaltung und Kollegen beharrliches Ansprechen der gesamten Problematik. Gespräche und allenfalls Vorstösse, dass der Aufenthaltsstatus für Tibeter/-innen geregelt wird und sie dauerhaft in der Schweiz bleiben können, auch wenn sie ausserhalb des Tibets, insbesondere in Indien und Nepal, geboren wurden. Menschenrechtsfrage in den Kommissionen und Voten ansprechen. Einhaltung der Menschenrechte als Voraussetzung für Freihandelsabkommen fixieren.

3 Die wirtschaftlichen Interessen werden zu stark gewichtet. Allerdings erkennt mittlerweile eine breite Öffentlichkeit, dass Korruption und Misswirtschaft in China weit verbreitet sind und die Umweltzerstörung und Ausbeutung, nicht nur in Tibet, voranschreiten. Nur das konsequente Dagegenhalten, die (internationale) Vernetzung und der Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung, für den Schutz und die Eigenständigkeit von Kulturen und Ethnien kann das durchbrechen.

4 Generell: Ob wir auf Probleme und Herausforderungen mit Offenheit und Solidarität oder mit Abwehr und Abschottung reagieren. Wirtschaftspolitische Herausforderungen durch die Überbewertung des Frankens, die bilateralen Beziehungen zu Europa und die Unternehmenssteuerreform. Erhalt sicherer AHV-Renten und eine ausgewogene Vorlage zur Altersvorsorge, Bewältigung der demographischen Entwicklung und Aufwertung und bessere Finanzierung von Care-Leistungen.



MARTIN LANDOLT, NR (BDP, GL)

«Wer China als politisches Vorbild bezeichnet, hat sich von der Demokratie verabschiedet.»

1 Es ist eine zentrale Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft, von China einen verantwortungsvolleren Umgang mit der tibetischen (und anderen) Minderheit einzufordern. Das darf aber keine Ausrede für einzelne Länder – wie die Schweiz – sein, nichts zu tun und sich hinter der internationalen Staatengemeinschaft zu verstecken. Aber ein Engagement der Schweiz zugunsten internationaler Kooperationen erscheint nützlicher als eine alleinige und damit wohl aussichtslose direkte Konfrontation mit China.

Die Vergabe der Olympischen Spiele an Peking hinterlässt tatsächlich viele offene Fragen und einen schalen Nachgeschmack – nicht nur in Bezug auf Tibet. Trotz allem gilt es nun, genau dieses medial extrem beachtete Grossereignis als Chance zu nutzen. China wird rund um diese Olympischen Spiele im Schaufenster stehen, wie das Russland (Sotschi) ebenfalls erlebt hat. Die tibetische Frage kann von dieser medialen Aufmerksamkeit profitieren.

2 Tatsächlich wird die Asyl- und Europapolitik zunehmend von Tönen begleitet, die in der Schweiz nichts zu suchen haben. Leider wurde noch zu wenig erkannt, dass die Schweiz als Standort deswegen grossen Schaden erleidet – insbesondere dann, wenn öffentlich (sogar von einem Bundesratsmitglied) darüber nachgedacht wird, ob man die EMRK kündigen soll. Entscheidend ist, dass die «Gaffer an der Seitenlinie» endlich aufwachen und klare Zeichen setzen. Immerhin stieg in den letzten Wochen die Kritik durch die Medien spürbar. Nur mit einer hohen Wahlbeteiligung der vernünftigen Menschen in

diesem Land kann den populistischen Kräften deutlich aufgezeigt werden, dass dies in der Schweiz nicht toleriert wird.

3 Wer China als politisches Vorbild bezeichnet, hat sich von der Demokratie verabschiedet. Dies muss in aller Deutlichkeit festgehalten werden. Es wäre aber falsch, aus solchen verantwortungslosen Äusserungen einen Bezug zum Freihandelsabkommen zu erstellen. Intensivere wirtschaftliche Beziehungen zu China erhöhen die internationale Verflechtung und zwingen das Land zu einer stetigen Öffnung. Wenn der wirtschaftspolitischen Öffnung auch eine gesellschaftspolitische Öffnung und eine zunehmende Demokratisierung folgen, so beinhaltet dies Chancen für Tibet.

4 Grundsätzlich muss die Schweiz vor allem ihr Verhältnis zu Europa klären und diesbezüglich vernünftige und stabile Spielregeln finden, bzw. mit Europa vereinbaren. Damit verbunden ist aber auch die internationale Positionierung. Die Schweiz muss zu ihrer Offenheit zurückfinden und der Hinterfragung von Völkerrecht und Menschenrechten eine klare Absage erteilen. Dazu gehört auch ein verantwortungsvoller, statt ein populistischer Umgang mit den Asylsuchenden. Die Schweizer Politik muss wieder lernen, dass hinter allen politischen Fragestellungen am Schluss Menschen sind.



EVI ALLEMANN, NR (SP, BE)

«Wir müssen die zivilgesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen zu Tibet pflegen.»

1 Was die Staatengemeinschaft jahrzehntelang nicht schaffte, kann auch ich nicht in ein paar Sätzen skizzieren: die Antwort, wie verhindert werden kann, dass China Freiheit und Kultur von Tibet zerstört. Gerade weil es keine Lösung auf dem Silbertablett gibt, ist der Protest der Zivilgesellschaft gegen die Missachtung von Menschen- und Minderheitenrechte umso wichtiger. Wir müssen die zivilgesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen zu Tibet pflegen, trotz aller Schwierigkeiten weiterentwickeln und allen Kräften, die an der Vision einer gewaltfreien Befreiung des tibetischen Volkes arbeiten, unsere Solidarität und Unterstützung anbieten.

2 Es ist ziemlich simpel: Die Chancen der Parlamentarischen Gruppe für Tibet steigen in der Masse, als die SP und ihre Partner in der bevorstehenden Richtungswahl gewinnen oder verlieren werden. Die Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand, ob sie mit der SP und ihren Partnern für die Erhaltung und den Ausbau der ausgezeichneten Beziehungen der Schweiz zur EU eintreten und das Asylrecht stärken wollen. Oder ob sie riskieren, die kulturelle Offenheit, die Innovationsfähigkeit und den Wirtschaftsstandort Schweiz in den Abgrund zu reissen. Dieser Richtungsentscheid wirkt sich unmittelbar auf die Frage aus, wie die offizielle Schweiz in den nächsten vier Jahren die kulturellen Rechte des tibetischen Volkes gewichten wird.

3 Ich glaube nicht, dass sich die Lage des tibetischen Volkes verbessert, wenn wir die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu China ab-

brechen würden. Im Gegenteil, wir müssen die bestehenden Beziehungen in Zukunft viel stärker nutzen, um uns für die Achtung der Menschen- und Minderheitsrechte durch China einzusetzen. Es war nicht nur die Wirtschaftselite, sondern ebenso die Mehrheit unserer Regierung, die sich durch den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas blenden liess. In der Folge setzte sie eine falsche Priorität auf eine menschenrechtlich ungenügende Umsetzung des Freihandelsabkommens mit China und will nun gar Entwicklungshilfegelder für den überstürzten Beitritt der Schweiz zur Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) einsetzen, obschon die AIIB nach aktuellem Kenntnisstand nichts anderes bezweckt, als die regionale Vormachtstellung Chinas ohne Rücksicht auf Minderheiten- und Menschenrechte auszubauen.

4 In zahlreichen Bereichen gilt es in der kommenden Legislatur die Weichen richtig zu stellen: bei der Frage etwa, wie die Beziehungen zu Europa weiterentwickelt werden und wie es mit den Bilateralen weitergeht. Ob es gelingt, energiepolitisch auf erneuerbare Energien und Effizienz zu setzen statt auf Atom oder ob mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Wir haben es in der Hand – nicht zuletzt anlässlich der Wahlen vom 18. Oktober 2015.



ROSMARIE QUADRANTI-STAHEL, NR (BDP, ZH)

«Setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen an die Urne gehen und ihr Wahlrecht wahrnehmen.»

1 Ich kann die Verzweiflung und die Ohnmacht verstehen. Gerade darum müssen wir auch in der kommenden Legislatur durch Fragen und Vorstösse dafür sorgen, dass das tibetische Volk auch auf der politischen Ebene in der Schweiz nicht in Vergessenheit gerät. Das kann aber niemand allein. Dafür braucht es die parlamentarische Gruppe Tibet. Gemeinsam müssen wir uns überlegen, welche Fragen oder Vorstösse gemacht werden sollen. Ich bin bereit, mich weiter dafür einzusetzen.

2 Wenn im Parlament ein Rechtsrutsch passiert, spricht vor allem SVP und der rechte Flügel der FDP gestärkt aus den Wahlen hervorgehen, dann werden die Prognosen eintreffen. Doch genau hier können wir einsetzen. Mit riesigem persönlichen Einsatz Leute motivieren, an die Urne zu gehen und Leute zu wählen, die nicht diesen Lagern angehören. Wenn es uns nicht gelingt, Menschen an die Urne zu bringen, die sich für Menschenrechte einsetzen und für eine offene Schweiz sind, dann stehen wir in den nächsten vier Jahren vor sehr grossen Herausforderungen. Also jetzt nicht überlegen, was wir dann machen, sondern sich jetzt dafür einsetzen, dass genau das nicht passiert.

3 Das Freihandelsabkommen mit China kann jederzeit mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden. Ich habe für das Freihandelsabkommen gestimmt, weil ich der Meinung bin, dass der Einfluss der Schweiz auf die Einhaltung der Menschenrechte sich dadurch vergrössert. In meinen Augen ist es sicher nicht so, dass China ein politisches Vorbild ist, im Gegenteil. Wir sind als Par-

lamentarier in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass kritisch geschaut wird, wie das Freihandelsabkommen umgesetzt wird und ob Anstrengungen zur Einhaltung der Menschenrechte unternommen werden. Auch hier meine ich, dass wir zusammen mit der parlamentarischen Gruppe Tibet das Freihandelsabkommen immer wieder kritisch unter die Lupe nehmen und, falls notwendig, Vorstösse machen müssen.

4 Es sind die Herausforderungen um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, wo es darum geht, dass eine Abschottung der Schweiz verhindert werden muss. Wir müssen zum Beispiel dafür sorgen, dass der Forschungsstandort Schweiz, nicht geschwächt wird. Das heisst, dass die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährdet werden dürfen. Ebenso liegen mir die Umsetzung der Energiestrategie und natürlich die Förderung der inländischen Arbeitskräfte am Herzen. Dies bedeutet auch, dass für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch einiges getan werden muss. Die Sicherung der Sozialwerke wird ein wichtiges Thema sein. Es gibt so viel zu tun. Wir haben es jetzt noch in der Hand. Setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen an die Urne gehen und ihr Wahlrecht wahrnehmen. Nur mit einem konsensfähigen Parlament haben wir die Chance, die grossen Herausforderungen anzugehen und Lösungen zu finden.



ROLAND FISCHER, NR (GLP, LU)

«Demokratie, Föderalismus und der liberale Rechtsstaat. Dies gilt es zu verteidigen!»

1 Die Politik der chinesischen Machthaber gegenüber dem tibetischen Volk widerspricht den Menschenrechten. Sie wird sich vermutlich erst dann ändern, wenn sich China zu einer auf rechtsstaatlichen Grundsätzen basierenden Demokratie und einer föderalistischen Staatsordnung entwickelt.

2 Ich werde mich weiterhin für eine Asylpolitik einsetzen, die auf Offenheit und Toleranz beruht und somit der humanitären Tradition der Schweiz Rechnung trägt und eines liberalen Rechtsstaates würdig ist. Unser Asylwesen funktioniert gut; eine Verschärfung des Asylrechts lehne ich ab. Zur Stärkung der Menschenrechte sollen zudem die zivile und militärische Friedenspolitik einen höheren Stellenwert erhalten. Was die tibetischen Anliegen betrifft, kommt der Schweiz mit ihrer wirtschaftlich immer stärker werdenden Beziehung mit China eine besondere Verantwortung zu. Der Bundesrat muss deshalb immer wieder und regelmässig sensibilisiert und aufgefordert werden, sich bei der chinesischen Regierung für die tibetischen Anliegen einzusetzen.

3 Gerade die Bewältigung der jüngsten Explosionsunglücke durch die chinesischen Behörden haben wieder einmal deutlich gezeigt, dass die chinesische Regierung und das politische System Chinas kaum ein Vorbild für westliche Staaten sein kann. Auch die Diskriminierung von Minderheiten und das Fehlen von demokratischen, föderalistischen und rechtsstaatlichen Institutionen werfen ein schlechtes Licht auf China. Es ist die Stärke unserer Institutionen, die unserer Ge-

sellschaft, unserer Wirtschaft und unserer Kultur eine hohe Stabilität gibt, auf die wir auch in unsicheren Zeiten und bei grossen Herausforderungen zählen können. Es sind dies die Demokratie, der Föderalismus und der liberale Rechtsstaat. Diese gilt es zu verteidigen!

4 Aus meiner Sicht werden in den kommenden Jahren drei Herausforderungen zentral sein: das Verhältnis zur EU, der Klimawandel und die demografische Entwicklung. Beim Verhältnis zur EU gilt es, die bilateralen Verträge zu bewahren und weiter zu entwickeln. Dem Klimawandel muss mit einer drastischen Reduktion des CO₂-Ausstosses entgegengewirkt und den zunehmenden Naturgefahren durch Investitionen in Schutzmassnahmen begegnet werden. Die demografische Entwicklung fordert mehr Offenheit gegenüber der Zuwanderung, denn wir werden auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen sein, um die Sozialwerke zu sichern. Ausserdem sollen auch für die Sozialversicherungen Schuldenbremsen eingeführt werden.



LILIANE MAURY PASQUIER, SR (SP, GE)

«Das Drama der wiederholten Selbstmorde und das Schicksal der politischen Gefangenen im Speziellen verlangen Reaktionen.»

1 Die Schweiz muss sich an allen möglichen Fronten engagieren gegen das Vergessen dieser stillen Tragödie und für die Respektierung der Menschenrechte in Tibet.

Das Drama der wiederholten Selbstmorde und das Schicksal der politischen Gefangenen im Speziellen verlangen Reaktionen.

Auf der diplomatischen Agenda muss die Schweiz die Meinungsfreiheit, die ökonomischen Rechte und die kulturelle Identität der tibetischen Bevölkerung verteidigen und aktiv dazu beitragen, dass eine Lösung gefunden wird, welche die Autonomie garantiert.

Dies geschieht im Rahmen der bilateralen Diskussionen, wie auch innerhalb der multilateralen Institutionen wie z.B. der UNO, insbesondere im Menschenrechtsrat.

Politisch gesehen muss die Schweiz die tibetische Frage, genauso wie die Menschenrechte in China in Bezug auf jedes aussenpolitische Thema China betreffend auf ihre Agenda nehmen.

2 Wie ich es schon in den vergangenen Jahren getan habe, innerhalb eines schon immer ungünstigen Umfeldes, werde ich damit fortfahren, mich für eine offene Schweiz zu engagieren, für den absoluten Vorrang der Grundrechte und für den Respekt der Menschenwürde, in Tibet und anderswo.

Dies ist eine Verpflichtung, die ich in der Schweizer Delegation der Parlamentarischen Versamm-

lung des Europarates wahrnehme, welche sich der Verteidigung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit verschrieben hat, desgleichen auch im aussenpolitischen Ausschuss.

3 Diese Tendenz beschäftigt mich sehr stark, und diesbezüglich ist es sehr schade, dass der Vorschlag, im Freihandelsabkommen mit China verbindliche Menschenrechtsbedingungen zu integrieren, nur von einer Minderheit des Ständeratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, welcher auch ich angehöre, unterstützt worden ist.

Die Schweiz hat hier eine Gelegenheit verpasst, ihre Rolle als Hüterin der humanitären Tradition zu behaupten und hat mit dieser ersten Vereinbarung zwischen China und einem europäischen Land einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen für die Menschenrechte in diesem Land und insbesondere in Tibet.

4 Unter den vielen Herausforderungen, welche sich der Schweiz stellen, erfordern die Folgen der Abstimmung vom 9. Februar 2014 mehr denn je, dass wir die Grundrechte im Bereich der Einwanderung, des Asyls und darüber hinaus verteidigen.

In ihren Beziehungen mit dem Ausland, aber auch im Inland, muss die Schweiz daran arbeiten, eine in ihrer Vielfalt geeinte Gesellschaft hervorzubringen, in der jede und jeder seinen Platz hat.



IGNAZIO CASSIS, NR (FDP, TI)

«Die Schweiz soll sich weiter als Brückenbauer zwischen Tibet und China engagieren.»

1 Damit das Schicksal der Tibeter nicht in Vergessenheit gerät, soll sich die Schweiz diesbezüglich weiter als Brückenbauer zwischen Tibet und China engagieren. Der konstruktive Austausch mit China gehört zu dieser Funktion und ist eine Auflage, damit die kleine und entfernte Schweiz überhaupt etwas machen kann. Die Fortsetzung des bilateralen Dialogs über Menschenrechte ist ebenfalls ein Teil davon.

2 EU- und Migrationspolitik sind Dauerbrenner und können sehr gut als Wahlkampfthema bewirtschaftet werden. Sollte es auch in der Migrations- und Asylpolitik zu einem härteren Kurs kommen, befürchte ich keine negative Kursänderung der Aussenpolitik betreffend Tibet und China. Die Situation in Tibet ist ja auch kein Wahlkampfthema.

3 Dank ihrer Neutralität könnte sich die Schweiz für einen ernsthaften Dialog zwischen der tibetischen Exilregierung und den chinesischen Behörden einsetzen. Man darf dabei nicht vergessen, dass die Schweiz und die Volksrepublik China schon seit 1950 bilaterale Beziehungen pflegen, und seit 2010 ist China der wichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien (Handelsvolumen 2013: 20,2 Milliarden CHF) und dritt wichtigster Handelspartner hinter der EU und den USA.

4 Im Hinblick auf die Situation der Menschenrechte in Tibet erwünschte ich mir weiterhin konkrete Verbesserungen, um eine friedliche und nachhaltige Lösung der tibetischen Frage zu ermöglichen.



ROBERT CRAMER, SR (GRÜNE, GE)

«Ich möchte mein Engagement für die Sache Tibets, die Verteidigung des tibetischen Volkes und der tibetischen Kultur während der nächsten Legislaturperiode fortsetzen, auch wenn dies negative Auswirkungen auf die guten Verbindungen mit China haben sollte.»



BEAT JANS, NR (SP, BS)

«Die Schweiz darf sich international nicht abschotten.»

1 Der aussenpolitische Druck auf China muss hoch gehalten werden. Die mit der zunehmenden Marktöffnung Chinas verbundene Zusammenarbeit muss genutzt werden, um den Menschenrechtsdialog zu intensivieren.

2 Zuerst muss dieser Wahlausgang verhindert werden. Alle fortschrittlichen Kräfte sind aufgerufen, an die Urnen zu gehen und den Abschottungspolitikern aus SVP, FDP und CVP ihre Stimme zu verweigern.

3 Im letzten Jahr besuchte der Dalai Lama die Schweiz und nahm sich Zeit für einen Dialog mit ausgewählten Mitgliedern des Parlamentes. Auf die Frage, ob es besser wäre, China zu boykottieren oder den Handel zu intensivieren, sagte Dalai Lama, dass Ausgrenzung keine Lösung sei. Sie führe zu Trotzreaktionen. Nur der Weg der Zusammenarbeit sei nachhaltig. Deshalb bin ich überzeugt, dass es die Aufgabe jedes Handelspartners ist, die inakzeptablen Menschenrechtsverletzungen Chinas im bilateralen Dialog ebenso wie in den internationalen Institutionen auf den Tisch zu bringen und zu verurteilen.

4 Ich sehe vor allem zwei Herausforderungen:
1. Die Schweiz darf sich international nicht abschotten, darf aber gleichzeitig seine eigenen Werte und Errungenschaften, wie direkte Demokratie und hohes Bildungsniveau, nicht aufgeben.
2. Sie muss ihre formelle Neutralität dazu nutzen, die internationalen Friedensbemühungen in dieser kriegerischen Zeit zu stärken.





KATHY RIKLIN, NR (CVP, ZH)

«Die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Wirtschaftsmacht China muss genutzt werden, um eine Win-Win-Situation für alle zu erzielen, auch für Tibet.»

1 Information und internationales Bewusstsein können helfen, die schwierige Situation zu verbessern. Bei allen offiziellen Treffen müssen die chinesischen Verantwortungsträger ermahnt werden, Autonomie und Respekt gegenüber dem Tibetischen Volk zu wahren.

2 Ich habe mich immer für Menschenrechte und bedrohte Minderheiten eingesetzt und werde dies weiterhin tun.

3 Die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Wirtschaftsmacht China muss genutzt werden, um eine Win-Win-Situation für alle zu erzielen, auch für Tibet.

4 Die Schweiz hat viele Herausforderungen im Inland. Das soll aber nicht heissen, dass sie ihre humanitäre Tradition und die Unterstützung der Schwachen vernachlässigen darf.

Weitere Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe für Tibet

MARIA BERNASCONI, NR (SP, GE)
 PRISCA BIRRER-HEIMO, NR (SP, LU)
 PIRMIN BISCHOF, SR (CVP, SO)
 PASCALE BRUDERER, SR (SP, AG)
 MARINA CAROBBIO, NR (SP, TI)
 ANITA FETZ, SR (SP, BS)
 DORIS FIALA, NR (FDP, ZH)
 UELI LEUENBERGER, NR (Grüne, GE)
 CHRISTA MARKWALDER, NR (FDP, Bern)
 STEFAN MÜLLER-ALTERMATT, NR (CVP, SO)
 LUC RECORDON, SR (Grüne, VD)
 CARLO SOMMARUGA, NR (SP, GE)
 ANDY TSCHÜMPERLIN, NR (SP, SZ)
 CÉDRIC WEHRMUTH, NR (SP, AG)

LEGENDE NR = Nationalratskandidaten
 SR = Ständeratskandidaten



**AUCH REGIERUNGSRAT
MARIO FEHR (SP, ZH)
UNTERSTÜTZT TIBET.**

1 Die berechtigten Anliegen Tibets müssen auch in Zukunft auf unsere Unterstützung zählen können. Tibet darf nicht vergessen werden. Dabei sind die Olympischen Spiele 2022 eine gute Plattform. Diese müssen wir jetzt aber nutzen!

2 Die Anliegen Tibets sind in der Schweiz politisch und gesellschaftlich breit abgestützt. In den meisten Parteien gibt es eine positive Grundhaltung gegenüber den berechtigten Anliegen der Tibeterinnen und Tibeter. Ihr Anspruch auf eine substantielle Autonomie wird anerkannt. Dies wird auch im neuen Parlament so sein.

3 Die Menschenrechte gelten universal, sie sind nicht verhandelbar. Wirtschaftlicher Austausch und Handel können die Grundlage bilden für die gegenseitige kulturelle Verständigung. Allerdings nur dann, wenn in diesem Dialog Menschenrechte einen selbstverständlichen Platz einnehmen.

4 Wir müssen unser Land für die Welt offen halten und uns noch mehr für das internationale Umfeld des sogenannten «Erfolgsmodells Schweiz» interessieren. Unser wirtschaftlicher Erfolg ist nicht auf ewig garantiert. Und wir müssen uns weiterhin weltweit für die Menschenrechte einsetzen – auch in Tibet!



**SOWIE FRANZISKA
TEUSCHER,
GEMEINDERÄTIN DER
STADT BERN (GB).**

1 Die Situation der Tibeterinnen und Tibeter ist effektiv kritisch, und die Entwicklung der letzten Jahre bereitet auch mir Sorgen. Leider gibt es keine einfachen Patentrezepte, wie die Situation der

Tibeterinnen und Tibeter rasch verbessert werden kann. Wichtig ist, dass der Druck von aussen auf China erhöht wird. Hier spielen Organisationen wie die GSTF eine bedeutende Rolle. Sie müssen die Regierungen ihrer Länder immer wieder mit der Lage der Tibeterinnen und Tibeter konfrontieren. Schon im Vorfeld der Olympischen Spiele 2022 wird in der Öffentlichkeit viel über China berichtet werden. Diese Öffentlichkeit sollte genutzt werden, um auf die katastrophale Situation der Minderheiten in China hinzuweisen.

2 Die Asylpolitik wurde in den letzten Jahren kontinuierlich verschärft, und es ist leider zu befürchten, dass diese Entwicklung auch über die Wahlen vom Herbst hinaus weitergeht. Wichtig ist, auch das neue Parlament in der Tibeter-Frage zu sensibilisieren und die Parlamentarische Gruppe Tibet politisch breit abzustützen. Auf jeden Fall müssen die Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe Tibet mit Vorstössen und Gesprächen mit Bundesrat und Verwaltung weiter für die Rechte des tibetischen Volkes eintreten.

3 In der Bundesverfassung steht, dass die Schweiz mit ihrer Aussenpolitik zur Achtung der Menschenrechte, zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen soll. Der universelle Schutz der Menschenrechte gehört zu einem zentralen Wert der Schweizer Aussenpolitik. Es ist für mich als ehemaliges Mitglied der Parlamentarischen Gruppe Tibet unverständlich, weshalb die Schweiz ein Freihandelsabkommen mit China unterzeichnet und ratifiziert hat, das nicht einmal eine Menschenrechtsklausel und einen Sanktionsmechanismus bei Verstössen enthält. Ich befürchte, dass damit die Menschenrechtspolitik der Schweiz insgesamt geschwächt wurde.

4 Die ganz grossen Herausforderungen für die Schweiz sind zugleich Herausforderungen für die internationale Staatengemeinschaft: Die Umwelt und – teilweise damit verknüpft – die Fluchtmigration. Noch nie seit dem 2. Weltkrieg waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Besonders in Afrika, aber auch an den Brennpunkten im Nahen Osten, sind Millionen von Menschen unterwegs. Sie verlassen ihre Länder aus ganz unterschiedlichen Gründen: Sie fliehen vor Gewalt, Vertreibung oder weil durch den grenzenlosen, industriellen Rohstoffabbau die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden. Hier sind wir alle in den nächsten Jahrzehnten stark gefordert.